

Antrag 86/DA01: Wirtschaftswende für Deutschland

Antragsteller*in:	Landesvorstand BY (LV Bayern)
Status:	angenommen
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 5 (Änderungsantrag 86/DA01-Ä002) - übernommen

1 Die Lage ist ernst. Die deutsche Wirtschaft leidet, wir befinden uns in einer
2 Rezession. Deutschland braucht eine Wirtschaftswende. Wir brauchen eine neue
3 Ära von Wachstum, Wohlstand und Innovation. Nur so kann Deutschland seiner
4 Führungsrolle in Europa gerecht werden und seinen wichtigen Beitrag für die
5 Souveränität und Verteidigungsbereitschaft Europas auch dauerhaft leisten.In
6 einer Zeit, in der internationale Herausforderungen und geopolitische Spannungen
7 spürbar zunehmen, ist eine klare, stabile und handlungsfähige Regierung für
8 Deutschland unerlässlich.

6 Die FDP steht fest an der Seite der Ukraine. Die Ukraine verteidigt mit ihrem
7 heldenhaften Kampf nicht nur ihre Freiheit, sondern auch unsere Werte.

8 Deutschland ist in Europa der größte Partner der Ukraine. Die militärische,
9 humanitäre und finanzielle Hilfe umfasst ein Volumen in Höhe von 37,7 Mrd. €. Sie fand stets die Unterstützung der FDP und wird dies auch in Zukunft tun. Auf
10 europäischer und internationaler Ebene ist es Christian Lindner gelungen, die
11 Verhandlungen über die Nutzung der Erträge aus russischem Vermögen erfolgreich
12 zum Abschluss zu bringen. Durch dieses Engagement wird der Ukraine ab 2025 ein
13 50 Milliarden Dollar-Kredit zur Verfügung stehen.
14

15 Christian Lindner hat als Bundesfinanzminister vier Milliarden Euro für die
16 militärische Unterstützung im Bundeshaushalt 2025 vorgesehen. Darüber hinaus war
17 ein weiteres Paket in Höhe von 500 Millionen Euro geeint. Die Einbringung ins
18 Parlament wurde letztlich von der SPD blockiert.

19 In ihrem Freiheitskampf benötigt die Ukraine endlich weitreichende Waffen, wie
20 das System Taurus. Wir Freien Demokraten sprechen uns schon lange für die
21 Lieferung dieses Systems aus, denn wir wissen, ohne weitreichende Waffen wird
22 die Ukraine der russischen Invasion nicht den Nachschub abschneiden können. Es
23 ist tragisch für die die Ukraine, dass der Deutsche Bundeskanzler die Lieferung
24 von Taurus weiterhin verhindert. Dies untergräbt die Glaubwürdigkeit der
25 deutschen Unterstützung. Dafür trägt Olaf Scholz die volle Verantwortung.

26
27 Als Freie Demokraten haben wir fast drei Jahre staatspolitische Verantwortung

28
29 getragen. Wir haben in den letzten Jahren für gute Kompromisse gekämpft, aber

28
29 auch Kompromisse haben Grenzen. Die aktuelle Wirtschaftslage zeigt, dass wir

einen Kurswechsel brauchen.

30 Die Spitzen von SPD und Grünen waren aber nicht bereit über einen solchen
31 Kurswechsel zu verhandeln. Dadurch war es nicht möglich eine Reformagenda auf
32 den Weg zu bringen. Statt der von Christian Lindner vorgeschlagen Neuwahlen für
33 einen geordneten Übergang, hat Olaf Scholz Christian Lindner aufgefordert einen
34 Notlagebeschluss und damit neue Schulden zu unterstützen. Ein solcher Beschluss
35 wäre aber gerade im Lichte des Bundesverfassungsgerichtsurteiles aus dem
36 November 2023 verfassungswidrig.

37 Die zusätzlichen Schulden sollten aber auch nicht dazu dienen ein Reformprogramm
38 zu finanzieren, sondern um ein weiter so von rot/grün zu ermöglichen. Dafür
39 stehen wir Liberale nicht zur Verfügung. Was es jetzt braucht ist deshalb ein
40 Kurswechsel und eine Reformagenda, sowie rasche Neuwahlen, die der noch
41 amtierende Kanzler ermöglichen muss, indem er in der kommende Woche die
42 Vertrauensfrage stellt.

43 **Wirtschaftswende Deutschland**

44 **Konzept für Wachstum und Generationengerechtigkeit**

45 **I. Deutschland schwächt sich selbst**

46 Strukturelle Wachstumsschwäche in Deutschland

47 Unsere Volkswirtschaft hat unverändert große Stärken: Innovationskraft und
48 geistiges Eigentum, qualifizierte Beschäftigte, ein kapitalstarker Mittelstand
49 und eine industrielle Basis, die ihre Anpassungsfähigkeit schon oft bewiesen
50 hat. Die erst kürzlich nochmals nach unten angepassten kurz- und mittelfristigen
51 Prognosen zeigen aber, dass Deutschland sein Potenzial nicht abrufen kann. Zwar
52 dämpfen auch konjunkturelle Faktoren das Wirtschaftswachstum, seine Schwäche
53 reflektiert aber vor allem strukturelle Herausforderungen, Versäumnisse der
54 Vergangenheit und politisch festgelegte Rahmenbedingungen.

55 Die Dynamik in Deutschland wird durch fünf Umfeldbedingungen gebremst:

56 · Geringes Produktivitätswachstum. Es ist eine deutlich abgeschwächte
57 Produktivitätsdynamik zu beobachten, vor allem durch ein immer weiter wucherndes
58 Regulierungs- und Bürokratiedickicht, in dem die traditionell hohe
59 Innovationskraft Deutschlands und der Unter-nehmergeist zunehmend erstickt.

60 · Geringes Arbeitsvolumen. Mit dem Austritt vieler Baby-Boomer aus der
61 Erwerbstätigkeit beschleunigt sich der demografische Wandel bei zugleich einer
62 im internationalen Vergleich niedrigen Zahl an effektiven Arbeitsstunden je
63 Beschäftigtem und Jahr. Nicht zuletzt wegen geschwächter Arbeitsanreize
64 verschärft dies den bereits spürbaren Mangel an Fach- und Arbeitskräften und
65 belastet die sozialen Sicherungssysteme.

66 · Sonderweg beim Klimaschutz. Als größte Volkswirtschaft der EU mit
67 industrieller Basis strebt Deutschland bereits 2045 und unter Verzicht auf
68 Kernenergie Klimaneutralität an. Die politisch forcierte Dekarbonisierung des
69 Kapitalstocks in Deutschland führt zu einer verfrühten Abschreibung des
70 „fossilen“, aber weiterhin produktiven Kapitalstocks der Unternehmen (so etwa
71 Maschinen- und Fuhrparks), sowie zu stark steigenden Energiekosten. Zudem
72 verlieren langlebige und weiterhin nutzbare Güter privater Haushalte (wie etwa

73 Heizungen oder PKW) an Wert. Hohe ökonomische Unsicherheit, verschlechterte
74 Standortbedingungen in der Energieversorgung, die Bindung von Finanzmitteln des
75 Staates für Subventionen und soziale Ausgleichsmaßnahmen sowie die Zurückhaltung
76 von Haushalten und Unternehmen bei Investitionsentscheidungen sind die Folge.

77 · Hoher Investitionsstau. Im vergangenen Jahrzehnt hat Deutschland
78 trotz günstiger makro-ökonomischer Faktoren (Zins und Wachstum) bestehende
79 staatliche Investitionsmöglichkeiten ausgeschlagen. In der Folge wurden
80 Infrastruktur, Digitalisierung und Bundeswehr unter-finanziert. Notwendige
81 Erhaltungs- und Modernisierungsinvestitionen wurden vielmehr für die Ausdehnung
82 des Wohlfahrtsstaats zurückgestellt. Zwar ist die Investitionsquote des Bundes
83 unterdessen stark erhöht worden, die Beseitigung des bestehenden
84 Investitionsstaus wird allerdings dauerhaft auf hohem Niveau verstetigten
85 Mitteleinsatz für Infrastruktur, Digitalisierung und Bundeswehr fordern.

86 · Fragmentierung der Weltwirtschaft. Geoökonomische Faktoren und
87 protektionistische Reaktionen belasten die tief in die Weltwirtschaft
88 integrierte deutsche Volkswirtschaft über-proportional. Ein Verlust von
89 Wettbewerbsfähigkeit würde die Wachstumsaussichten der deutschen Volkswirtschaft
90 insbesondere dadurch schmälern, dass die produktivitätssteigernden Effekte von
91 Innovationen in anderen Regionen der Welt realisiert würden.

92 Die Phase niedriger Zinsen, eine demografische „Atempause“ und vorteilhafte
93 externe Faktoren sowie anschließend die akute Bewältigung außergewöhnlicher
94 Krisen mittels expansiver Fiskalpolitik konnten Schwächen zeitweise überdecken.
95 Die bekannten Herausforderungen wurden in den vergangenen Jahren von der Politik
96 aber nicht nur nicht adressiert, sondern zum Teil vorsätzlich herbei-geführt.
97 Deshalb ist eine Wirtschaftswende mit einer teilweise grundlegenden Revision
98 politischer Leitentscheidungen erforderlich, um Schaden vom Standort Deutschland
99 abzuwenden.

100 Schwaches Potenzialwachstum schränkt politische Gestaltungsräume mittel- und
101 langfristig ein

102 Die strukturelle Wachstumsschwäche führt fiskalisch zu einem trendmäßig
103 geringeren Wachstum der gesamtstaatlichen Einnahmen. Sollte sich in einem
104 solchen Umfeld das gesamtstaatliche Ausgabenwachstum nicht entsprechend
105 verringern, sondern unverändert steigen, würde dadurch die Solidität der
106 Staatsfinanzen stark gefährdet. Dies würde auch Deutschlands Rolle als
107 Stabilitätsanker der Eurozone in einem ohnehin angespannten fiskalischen Umfeld
108 aufs Spiel setzen; mit unberechenbaren Konsequenzen für die Stabilität des
109 Finanzsystems und Reaktionsfähigkeit der europäischen Geldpolitik.

110 Insbesondere eine solche Entwicklung zu verhindern, ist das Motiv der im
111 Grundgesetz festgeschriebenen Schuldenbremse, indem sie eine Grenze für die
112 strukturelle Neuverschuldung setzt. Gelingt es nicht, das Wachstumspotenzial zu
113 erhöhen, um auf diesem Wege die Solidität der Staatsfinanzen zu sichern, führt
114 die Schuldenbremse dazu, dass die gesamtstaatlichen Ausgaben in Jahren ohne
115 außergewöhnliche Krisen auf einen restriktiveren Pfad im Einklang mit den
116 schwächer steigen-den mittelfristigen Einnahmen sinken. Die Schuldenbremse zeigt
117 dabei auf, was nachhaltig möglich ist, sodass mittel- und langfristige
118 Wachstumsrisiken sich nicht zusätzlich in Tragfähigkeits- und Inflationsrisiken

119 übersetzen. Die Schuldenbremse ist Garant von Generationengerechtigkeit.
120 Priorisierung von Investitionen in Infrastruktur, Digitalisierung und Bundeswehr
121 muss fortgesetzt werden

122 Der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2025 setzt bereits den Pfad der
123 finanzpolitischen Normalisierung gegenüber den Krisenjahren fort (Abbildung 1).
124 So wird der krisenbedingte Auf-wuchs der Schuldenstandsquote durch konsequente
125 Priorisierung (Abbildung 2) konjunkturgerecht zurückgeführt, um wieder
126 Risikopuffer für künftige Krisen aufzubauen und so die fiskalische Resilienz zu
127 erhalten. Im Haushaltsentwurf 2025 wurden die Investitionen und Ausgaben für die
128 Bundeswehr im Vergleich zu 2019 stark erhöht. Selbst in langjähriger Betrachtung
129 liegen die öffentlichen Investitions-ausgaben auf Rekordniveau. Sie steigen im
130 Jahr 2025 auf 81,0 Mrd. Euro bzw. 1,9 Prozent des BIP. In 2019 lagen sie noch
131 bei nur 38,1 Mrd. bzw. 1,1 Prozent des BIP. Während in 2019 rund 10,5 Prozent
132 der gesamten Ausgaben des Bundes für Investitionen ausgegeben wurden, ist der
133 Anteil im Bundeshaushalt 2025 mit rund 20 Prozent eingeplant (Abbildung 2). Es
134 stehen damit signifikant mehr Mittel für öffentliche Investitionen zur
135 Verfügung. Es gilt nun auch noch die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die
136 Mittel in den nächsten Monaten auch abfließen können und ein Anstieg der Inves-
137 titionsausgaben in dieser Geschwindigkeit möglich ist. Die Bundesregierung
138 beschleunigt bereits die Planungs- und Genehmigungsprozesse und arbeitet
139 intensiv an einer besseren Absorptionsfähigkeit der Volkswirtschaft; jedoch
140 sollte ein noch weit ambitionierteres Vorgehen beim Abbau der Hürden und
141 Unsicherheiten verfolgt werden. Auch bei einer der Kernaufgaben des Staates, der
142 Verteidigung, sieht der Regierungsentwurf einen signifikanten Anstieg des
143 Anteils an den Gesamtausgaben auf 14,0 Prozent vor. Der Weg der Priorisierung
144 und damit qualitativen Verbesserung des Bundeshaushalts muss auch in den
145 kommenden Jahren weitergegangen werden.

146 Dieser Weg ist zugleich eine Verpflichtung für eine konsequente Reformpolitik:
147 Denn ohne ambitionierte Maßnahmen, die das Potenzialwachstum wieder erhöhen,
148 dürfte das Primat solider Staatsfinanzen eine noch stärkere Absenkung des
149 mittel- und langfristigen Ausgabenwachstums erfordern.

150 Zu den geringen Aussichten für das Potenzialwachstum treten demografiebedingt
151 die steigenden Kosten der Alterung. Ohne ein umfassendes Gegensteuern werden
152 konsumtive und umverteilende Elemente zu einer weiteren „Versteinerung“ des
153 Haushalts führen und dürften die langfristige Tragfähigkeit der Staatsfinanzen
154 ebenfalls stark ins Risiko setzen. Um jungen und künftigen Generationen die
155 Gestaltungsspielräume zu erhalten, ist die Schuldenbremse so konzipiert, dass
156 demografiebedingte Handlungsbedarfe nicht ignoriert werden können, sondern zu
157 einer fortlaufenden Priorisierung führen. Eine andauernde Wachstumsschwäche
158 würde den demografiebedingten Konsolidierungsbedarf zur Sicherung der
159 langfristigen Tragfähigkeit allerdings stark erhöhen. Ohne ein höheres Wachstum
160 sind die steigenden Kosten für die im Verhältnis immer kleiner werdende junge
161 Generation noch schwieriger zu schultern. Daher gilt mit Blick auf die
162 Finanzierbarkeit der sozialen Sozialsysteme, dass angebotspolitische Maßnahmen
163 zur Stärkung des Potenzialwachstums unerlässlich sind.

164 Konsolidierung ist unabhängig von der Schuldenbremse notwendig und Ergebnis der

165 neuen europäischen Fiskalregeln

166 Ein erhöhter Konsolidierungsbedarf folgt nicht allein aus der deutschen
167 Schuldenbremse. Dass strukturell geringes Wachstum gepaart mit steigenden Kosten
168 der Alterung den Konsolidierungsbedarf zur Sicherung der Tragfähigkeit stark
169 erhöht, ist ein fundamentaler ökonomischer Zusammenhang, der unabhängig von
170 konkreten Fiskalregeln gilt. Daher kommt beispielsweise die erstmalige Anwendung
171 des reformierten europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt zu einem ähnlichen
172 Ergebnis. Der EU-Rahmen basiert neben quantitativen Vorgaben für die Entwicklung
173 der gesamtstaatlichen Schuldenstandsquote und des Defizits auf komplexen
174 Tragfähigkeitsanalysen für die Mitgliedstaaten, die anders als die deutsche
175 Schuldenbremse explizit die mittel- und langfristigen Erwartungen für das
176 Potenzialwachstum, die Kosten der Alterung oder den Zinssatz auf Staatsschulden
177 berücksichtigen.

178 Dabei ist die Einrichtung zusätzlicher großer Sondervermögen mit eigener
179 Kreditermächtigung nicht mit den europäischen Regeln vereinbar, selbst wenn
180 dafür ansonsten verfassungsgebende Mehrheiten in Deutschland erreichbar wären
181 (etwa analog zum Sondervermögen Bundeswehr).

182 Denn erstens setzen die europäischen Regeln eine Grenze für die
183 gesamtstaatlichen Ausgaben, also die Summe der Ausgaben von Bund, Ländern,
184 Gemeinden, Sozialversicherungen, einschließlich der Sondervermögen von Bund und
185 Länder.¹ Zum anderen stiege, sobald aus einem solchen Sondervermögen hohe
186 Ausgaben getätigt werden, die zu einem höheren Bestand an ausstehenden
187 Bundeswertpapieren beitragen, tendenziell die Schuldenstandsquote, die jedoch
188 nach dem neuen Regelwerk für Mitgliedstaaten wie Deutschland mit
189 Schuldenstandsquoten über 60 Prozent mittelfristig durchschnittlich sinken muss.
190 Im Hinblick auf die gesamtstaatliche Haushaltsplanung sind neue Sondervermögen
191 somit nicht mit den europäischen Fiskalregeln kompatibel und werden daher
192 absehbar nicht eingerichtet werden können. Diese dennoch ständig und mit stetig
193 variierenden Ausgabenzielen zu fordern, trägt lediglich zur bereits hohen
194 politischen Unsicherheit bei.

195 Im laufenden Jahr reichen die Mitgliedstaaten erstmalig ihre finanzpolitisch-
196 strukturellen Pläne (FSP) ein, mit der für Länder wie Deutschland mit
197 Schuldenstandsquoten über 60 Prozent Nettoausgaben-pfade für eine
198 Anpassungsperiode von vier bis sieben Jahren festgelegt werden, um die
199 Tragfähigkeit der Staatsfinanzen in allen Mitgliedstaaten sicherzustellen und
200 Schuldenstandsquoten abzubauen. Für Deutschland zeigt sich bei der regulären
201 vierjährigen Anpassungsperiode, dass die Methodik des reformierten SWP im
202 Vergleich zur Einhaltung der Schuldenbremse keine neuen gesamtstaatlichen
203 Spielräume für die Finanz- und Haushaltspolitik eröffnet. Vielmehr gilt: Gegeben
204 die fiskalische Ausgangssituation übersetzen sich die Erwartung struktureller
205 Wachstumsschwäche, der nunmehr beschleunigte demografische Wandel und das Ende
206 der Niedrigzinsphase in zusätzlichen Konsolidierungsbedarf im Vergleich zur
207 Fiskalprojektion, die für den Bund auf dem Regierungsentwurf für den
208 Bundeshaushalt 2025 und dem Finanzplan bis 2028 basiert (unter Einhaltung der
209 Schuldenbremse). Dieser große zusätzliche Konsolidierungsdruck muss durch
210 umfassende Strukturreformen zur Stärkung des mittelfristigen Wachstums und der

211 Sicherung der Sozialsysteme adressiert werden. Das sieht auch das europäische
212 Regelwerk so vor und erlaubt bei entsprechenden Reformen eine Verlängerung der
213 Anpassungsperiode auf sieben Jahre.

214 Auch die erstmalige Anwendung des reformierten Stabilitäts- und Wachstumspakt
215 zeigt: Es bedarf einer weitaus ambitionierteren Wirtschafts- und Finanzpolitik
216 für mehr Wachstumspotenzial in Deutschland. Das schafft Spielräume in den
217 öffentlichen Haushalten, ohne die Solidität der Staatsfinanzen zu gefährden.
218 Zugleich ist der Erfolg der reformierten europäischen Fiskalregeln für
219 Deutschland als finanzpolitischer Stabilitätsanker in der Europäischen Union
220 (EU) zentral. Denn kein anderes Land in Europa profitiert stärker vom Abbau von
221 zum Teil deutlich überhöhten Schuldenquoten vieler Mitgliedstaaten und dem damit
222 einhergehenden Risiko einer erneuten Staatsschuldenkrise durch die strikte
223 Durchsetzung solider Ausgabenpfade in der EU. Der Erfolg der neuen Regeln hängt
224 jedoch wiederum davon ab, dass Deutschland seiner Vorbildfunktion gerecht wird
225 und diese konsistent und konsequent ausfüllt. Im Ergebnis profitiert ganz
226 Europa.

227 Marktwirtschaft als Treiber der Erneuerung

228 Für ein höheres Potenzialwachstum in Deutschland bedarf es umfassender
229 angebotspolitischer Maßnahmen. Schon im Sommer hat die Bundesregierung in ihrer
230 Wachstumsinitiative Maßnahmen beschlossen, die einen ersten Impuls für mehr
231 Wachstum setzen könnten. Um mittelfristig in Deutschland sichtbar höhere
232 Wachstumsraten zu erreichen, müssen Tempo und Ambition der Anstrengungen aber
233 signifikant erhöht werden.

234 In der wirtschaftspolitischen Debatte stehen sich dabei in Deutschland aktuell
235 zwei unterschiedliche Denkrichtungen gegenüber:

236 · Vertikale Industriepolitik durch staatliche Feinsteuerung über
237 kreditfinanzierte Subventionen

238 und selektive Regulierungen: Diese Denkrichtung setzt maßgeblich auf staatliche
239 Technologieselektion und die damit verbundene Lenkung des Ressourceneinsatzes
240 vorrangig durch Verbote und Subventionen. Die Wirtschaft soll sich im Detail an
241 den Vorstellungen und Zukunftsideen der Politik ausrichten, die so die
242 jeweiligen Gewinner und Verlierer festlegt. Je nach politischer Ausrichtung
243 wird die wirtschaftliche Entwicklung dann (nicht immer konsistenten) politischen
244 Zielen untergeordnet. Dieser Ansatz bestimmt zentral festgelegte
245 „Transformationen“, welche die Gesellschaft durch staatliche Lenkung durchlaufen
246 soll. Er ist zugleich oft durch den Wunsch begleitet, bestehende Strukturen und
247 Industrien zu konservieren und vor dem internationalen Wettbewerb abzuschirmen,
248 beispielsweise durch einen „Industriestrompreis“ oder Abwrackprämien zugunsten
249 von E-Autos. Die vertikale Industriepolitik konzentriert sich dabei traditionell
250 auf größere Unternehmen meist auch mit den stärksten Interessenvertretungen (wie
251 Intel oder Thyssen-Krupp), vernachlässigt hingegen den Mittelstand, das Handwerk
252 und insbesondere neue und junge Unternehmen. Durch die erhöhte
253 Regulierungsdichte und Bürokratiekosten schwächt sie zugleich den Wettbewerb als
254 Innovationstreiber, da neu in den Markt eintretende, bestehende Marktpositionen
255 bestreitende Jungunternehmen diese Regulierungs- und Bürokratiekosten nicht

256 tragen können. Weil er mit umfassenden (Dauer-)Subventionen einhergeht, belastet
257 dieser Ansatz die öffentlichen Haushalte zusätzlich und gefährdet die Solidität
258 der öffentlichen Finanzen. Mehr noch: Da die Technologien und Zeitgeist sich
259 permanent weiterentwickeln, sind Entscheidungen zur selektiven Intervention
260 meist mit dem Zeitpunkt ihrer Umsetzung schon veraltet und tragen Entscheidungen
261 und Machtstrukturen von gestern ins Morgen fort. Im Ergebnis führt dieser Ansatz
262 zu erhöhter wirtschaftspolitischer Unsicherheit – Unternehmen investieren
263 opportunistisch, um von kurzfristiger Förderung zu profitieren, entwickeln ihre
264 Strukturen aber letztlich am Markt vorbei – was zu weiteren Subventionsappellen
265 oder gar der Gefährdung des gesamten Geschäftsmodells führt, wenn die Realität
266 sich verändert. Andere Unternehmen warten in Hoffnung auf weitere Subventionen
267 ab. Doch weder Opportunismus noch Attentismus stärken die Wachstumsbasis einer
268 Volkswirtschaft nachhaltig.

269 · Marktbasierter, diskriminierungsfreier und somit technologieoffener
270 Angebotspolitik durch umfassende Verbesserungen des Ordnungsrahmens (= Soziale
271 Marktwirtschaft): Gemäß dieser Denkrichtung, der sich die FDP Bayern zugehörig
272 fühlt, stellt der erste Ansatz aufgrund der unvermeidbaren Informationsnachteile
273 des Staates unrealistische Ansprüche an die staatliche Steuerungsfähigkeit. Jede
274 politische Technologieentscheidung, gleich ob direkt durch Verbote und
275 Regulierung oder indirekt durch Subventionen, verhindert potenziell die
276 Entwicklung weiterer Alternativen und führt zu unnötig hohen Regulierungs- und
277 Vermeidungskosten, die sich nachteilig auf die Wirtschaftsdynamik auswirken.
278 Zudem stellt sich häufig im Nachhinein heraus, dass Politiker auf die falschen
279 Industrien und Technologien setzen. Stattdessen besinnt sich dieser Ansatz auf
280 das deutsche Erfolgsrezept, durch eine Verbesserung der allgemeinen
281 ordnungspolitischen Rahmenbedingungen die Attraktivität, Wettbewerbsfähigkeit
282 und Innovationskraft des Wirtschaftsstandorts umfassend und technologieoffen zu
283 stärken. Er setzt, wo immer möglich, auf Preissignale und marktliche
284 Ressourcenlenkung, um die Effizienz der deutschen Volkswirtschaft durch bessere
285 Investitions- und Arbeitsanreize zu verbessern und so das Produktionspotenzial
286 zu stärken. Zugleich setzt der Ansatz auf wirtschaftspolitische Maßnahmen mit
287 doppelter Dividende, also auf potenzialstärkende Maßnahmen, die insgesamt die
288 öffentlichen Haushalte entlasten. Der Ansatz ist kleinteiliger (Karl Schiller:
289 „Bauchladen der Angebotspolitiker“) und ergebnisoffen; er widerspricht damit oft
290 den Erwartungen der politischen Öffentlichkeit nach „schnellen Lösungen“, einem
291 „Pakt“ oder einem „Masterplan“.

292 Deutschland kann den strukturellen Herausforderungen für das Wirtschaftswachstum
293 und die öffentlichen Haushalte nur dann erfolgreich begegnen, wenn es sich
294 wieder auf die ordnungspolitische Tradition der Sozialen Marktwirtschaft
295 besinnt. Das ist nicht zuletzt deswegen von zentraler Bedeutung, weil
296 mittlerweile die politisch induzierte Unsicherheit und das damit einhergehende
297 rationale Abwarten der Investoren und Unternehmen ein Haupthindernis für die
298 Dynamisierung der Wirtschaft darstellen. Neue Maßnahmen bewirken daher nur dann
299 den erhofften Erfolg, wenn sie sich in ein belastbares Gesamtkonzept einfügen,
300 das über mehrere Legislaturperioden von der Mitte der Gesellschaft getragen
301 werden kann.

302 II. Sofortprogramm in drei Handlungsfeldern: Wirtschaftspolitische
303 Neuausrichtung zur Stärkung des Potenzialwachstums

304 Deutschland braucht eine Neuausrichtung seiner Wirtschaftspolitik, die
305 quantitativ bedeutsam und grundsätzlicher Art ist. Damit können das Vertrauen
306 von Unternehmen und privaten Haushalten gestärkt werden, sodass ein sich selbst
307 verstärkender Prozess wirtschaftlicher Dynamik in Gang kommt – und an dessen
308 Ende neue internationale Standortattraktivität für Unternehmen, Kapital und Top-
309 Talente steht. Erfolgreiche Turn-Around-Stories weltweit und der Blick in die
310 deutsche Wirtschaftsgeschichte zeigen: Es geht.

311 Dieses Vertrauen trägt auch langfristig, wenn zugleich der Rahmen solider
312 Finanz- und Haushaltspolitik eingehalten wird, der sich aus den Vorgaben der
313 grundgesetzlichen Schuldenbremse und dem neuen europäischen Regelwerk ergibt. Im
314 Nachfolgenden sind Maßnahmen für eine solche Neuausrichtung in den drei
315 drängendsten Handlungsfeldern beschrieben. Diese Reformen wären zugleich
316 geeignet, um eine Verlängerung der Anpassungsperiode im FSP im Rahmen der
317 europäischen Fiskalregeln zu rechtfertigen, soweit dies von Nöten sein sollte.

318 Handlungsfeld 1: Neue Dynamik entfesseln

319 Die deutsche Wirtschaft benötigt umgehend neuen finanziellen und regulatorischen
320 Spielraum, um auf ihre veränderten Rahmenbedingungen eigenverantwortlich
321 reagieren zu können:

322 · Sofortiges Moratorium zum Stopp aller neuen Regulierungen

323 Für die nächsten drei Jahre sollte ein striktes Moratorium dafür sorgen, dass
324 keine neuen Regulierungen und keine neue Bürokratie in Deutschland beschlossen
325 werden. Insbesondere sollte in diesem Zeitraum die volle Konzentration auf dem
326 Abbau von Regulierung und Standards liegen. Neue Gesetzesvorhaben sollten
327 entweder ganz entfallen oder, wo dies nicht möglich ist, so ausgestaltet sein,
328 dass Bürokratie und Regulierung durch das Vorhaben sinken und keinesfalls
329 steigen. Das gilt insbesondere für die vom Bundesminister für Arbeit und
330 Soziales vorgelegte Fassung des Tarifreuegesetzes, für das
331 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, das Entgelttransparenzgesetz, das
332 Beschäftigtendatengesetz und die arbeitgeberfinanzierte Familienstartzeit. Sie
333 alle passen in der aktuell diskutierten Form nicht zu den Herausforderungen des
334 aktuellen wirtschaftlichen Umfelds.

335 · Erleichterung von den Nachweis- und Berichtspflichten des „Green
336 Deal“

337 Nachweis- und Berichtspflichten müssen auf ein notwendiges Minimum reduziert
338 werden. Europäische Maßgaben konterkarieren jedoch ambitionierte nationale
339 Anstrengungen zum Bürokratieabbau. Die umfassenden Change-Prozesse in
340 berichtspflichtigen Unternehmen binden finanzielle und Humanressourcen, die in
341 wertschöpfenden Bereichen fehlen. Deutschland sollte in der EU und gegenüber der
342 EU-Kommission die Abschaffung der zusätzlichen Berichts- und Nachweispflichten
343 aus dem „Green Deal“ bewirken. Hierzu sollten Allianzen der Mitgliedstaaten und
344 Initiativen im Rat (Ratsschlussfolgerungen) herbeigeführt werden, die
345 perspektivisch auf die Abschaffung der EU-Taxonomie, der EU-Richtlinie zur
346 Nachhaltigkeitsberichterstattung (Corporate Sustainability Reporting Directive),

347 der EU-Lieferkettenrichtlinie (Corporate Sustainability Due Diligence Directive)
348 und des Aktionsplans für Kreislaufwirtschaft zielen. Insbesondere in den
349 Beratungen zum Draghi-Bericht kann eine derartige Initiative einfließen. In
350 jedem Fall muss auf europäischer Ebene klargemacht werden, dass Deutschland nur
351 eine drastische Reduktion der Bürokratie und Regulierungen akzeptiert.

352 · Signifikanter Einstieg in die Abschaffung des Solidaritätszuschlags
353 und Senkung der Körperschaftsteuer

354 Ausdruck für die aktuell schlechten Rahmenbedingungen für Unternehmen in
355 Deutschland ist die Entwicklung der privaten Investitionen. Anders als
356 beispielsweise in den Vereinigten Staaten und Frankreich bewegen sich die
357 Unternehmensinvestitionen seit dem Jahr 2018 im Durchschnitt abwärts. Der zuvor
358 steigende Trend ist somit schon vor der Corona-Pandemie gebrochen (Abbildung 3).
359 Verschiedene Faktoren tragen zum Absturz Deutschlands in unterschiedlichen
360 Standortrankings bei. Die im internationalen Vergleich zu hohe Besteuerung von
361 Unternehmen und Arbeitnehmern sticht jedoch besonders hervor (Abbildung 4).

362 In den vergangenen Jahren haben viele G7- und EU-Mitgliedstaaten ihre
363 Unternehmenssteuern signifikant gesenkt. Daher sollte in Deutschland die
364 Unternehmenssteuerbelastung mittelfristig zumindest auf 25 Prozent sinken.

365 Zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts und als Anreiz für
366 Innovation und Produktivitätssteigerungen sind allgemeine
367 Unternehmenssteuersenkungen das geeignete Mittel. Selektive Subventionen etwa
368 von Investitionen können abgesehen von möglichen beihilferechtlichen Fragen und
369 bürokratischen Belastungen die strukturellen Ursachen nicht adressieren und
370 führen zu einer ineffizienten Umlenkung von Ressourcen. Im Falle einer
371 Investitionsprämie als Auszahlung würden zudem nicht erfolgreiche Unternehmen
372 ohne Ertrag ebenfalls profitieren.

373 Als Sofortmaßnahme sollte der Solidaritätszuschlag, der überwiegend von
374 Unternehmen, Selbständigen, Freiberuflern sowie Hochqualifizierten gezahlt
375 wird, entfallen. Verfassungsrechtliche Bedenken sowie die alleinige
376 Entscheidungsfreiheit des Bundes ohne Beteiligung des Bundesrates legen dies
377 nahe. Er sollte in einem ersten Schritt im Jahr 2025 um 2,5 Prozentpunkte auf 3
378 Prozent abgesenkt werden. In einem zweiten Schritt könnte er im Jahr 2027 dann
379 vollständig entfallen.

380 Um die Glaubwürdigkeit dieser Politik zu stärken, sollte zudem die
381 Körperschaftsteuer in einem ersten Schritt unmittelbar im Jahr 2025 signifikant
382 um zwei Prozentpunkte reduziert werden. Die weiteren Schritte sollten spätestens
383 in 2027 und 2029 folgen.

384 Weitere Steuern und Abgaben, die eine erfolgreiche Unternehmensentwicklung in
385 Deutschland verhindern, sollten zusätzlich auf den Prüfstand gestellt werden. So
386 sollte beispielsweise der Wettbewerbsnachteil für Fluggesellschaften in Europa,
387 der durch die deutsche Luftverkehrssteuer entsteht, durch eine Absenkung der
388 Luftsicherungsabgaben ausgeglichen werden.

389 · Innovationssprünge und mehr Dynamik insb. durch mehr Wagniskapital
390 und Spitzenforschung Deutschland muss ein führender Ort für Innovationen
391 bleiben. Neue Ideen und junge Unternehmen sollten die richtigen

392 Rahmenbedingungen zur Entfaltung erhalten. Dazu zählen eine dynamische
393 Reallokation von Ressourcen in der Volkswirtschaft, eine Senkung der Kosten des
394 Scheiterns neuer Projekte und das Ökosystem für ausreichend privates
395 Risikokapital. Die WIN-Initiative („Wachstums- und Innovationskapital für
396 Deutschland“) des BMF wird gemeinsam mit einem breiten Bündnis aus Wirtschaft,
397 Verbänden, Politik und der KfW die

398

399

400 Rahmenbedingungen für Wachstums- und Innovationskapital in Deutschland
401 nachhaltig verbessern. Durch ein umfangreiches Maßnahmenpaket soll die
402 Finanzierung von Start-ups, Scale-ups und innovativen Unternehmen gestärkt
403 werden. Bereits jetzt gibt es Zusagen für 12 Mrd. Euro zusätzlicher
404 Investitionen in Innovations- und Wachstumsunternehmen. Die WIN-Initiative ist
405 beispielhaft für wirtschaftspolitische Maßnahmen mit doppelter Dividende: Sie
406 stärkt Innovation und Wachstum ganz ohne staatliche Förderung und zentrale
407 Lenkung von Kapitalflüssen.

408 Grundlage für Innovationen ist die Spitzenforschung, ein Bereich in dem
409 Deutschland nach wie vor weltweit in der Spitzengruppe liegt. Es muss jedoch
410 gelingen, wieder technologische Höchstleistungen zu zeigen. Dafür sollte die
411 Forschung durch flexible Finanzierungsinstrumente, ein technologieoffenes
412 Forschungsfreiheitsgesetz und eine signifikante Erhöhung der Förderung um 1 Mrd.
413 Euro einen Schub erhalten. Denn finanzielle staatliche Mittel zur
414 Forschungsförderung sind unstrittig gut investiert. Dafür müssen die Prioritäten
415 richtig gesetzt werden.

416 Handlungsfeld 2: Europäische Klimapolitik statt deutschem Sonderweg
417 Deutschland kann die bisher aufgrund eines europäisch (und damit auch global)
418 wirkungslosen nationalen Klimaziels gebundenen privaten Ressourcen und
419 öffentlichen Mittel neu nutzen, um Wettbewerbsfähigkeit zurückzugewinnen:

420 · Ersetzen der nationalen durch die europäischen Klimaziele

421 Deutschlands Anteil an den weltweiten CO₂-Emissionen beträgt nur 1,3 Prozent
422 (Abbildung 5). Ein wirksamer Klimaschutz kann sich daher nicht auf nationale
423 Maßnahmen konzentrieren, sondern muss möglichst globale Anstrengungen im Fokus
424 haben. Es hilft dem Klimaschutz nicht, wenn Deutschland als vermeintlicher
425 globaler Vorreiter möglichst schnell und folglich mit vermeidbaren
426 wirtschaftlichen Schäden und politischen Verwerfungen versucht, seine
427 Volkswirtschaft klimaneutral aufzustellen. Vielmehr gilt es, nicht die Rolle
428 eines Vorreiters, sondern die eines Vorbilds anzustreben, das eine wachsende
429 Volkswirtschaft mit der Reduktion der CO₂-Emissionen verbindet und durch
430 strategisches Agieren die weltweite Emissionsreduktion steigert. Dazu gehört
431 insbesondere auch beim internationalen Klimaschutz auf die Bepreisung von CO₂ zu
432 setzen und klimabezogene Transfers mit Augenmaß und nur im Gleichschritt mit
433 anderen Staaten auszuführen.

434 Während die EU im Jahr 2050 klimaneutral werden will, zielt Deutschland
435 weiterhin auf Klimaneutralität schon im Jahr 2045. Relativ ambitionierte

436 nationale Klimaziele führen im europäischen Emissionshandel jedoch nicht zu
437 einer schnelleren Erreichung europäischer Ziele, sondern lediglich zu einer
438 Reduktion der notwendigen Anstrengungen anderer Mitgliedstaaten. Daher sollten
439 die nationalen Ziele, wie die nationalen Zwischenziele, durch die europäischen
440 Ziele ersetzt werden.

441 Mehr Zeit bei der Ziel- und Zwischenzielerreichung böte die Möglichkeit, die
442 besonders schwer zu erreichenden Emissionsminderungen zu geringeren
443 Vermeidungskosten zu erreichen und würde durch ein stärkeres klimapolitisches
444 Level-Playing-Field in Europa die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands steigern. In
445 Deutschland würden die Kosten der Dekarbonisierung für Unternehmen und Haushalte
446 spürbar sinken, ohne den europäischen Klimaschutz zu schwächen.

447 · Abschaffung von unnötigen klimapolitischen Regulierungen und
448 Subventionen

449 Ab dem Jahr 2027 werden neben den Emissionen der Sektoren Energie und Industrie
450 die Emissionen der Sektoren Verkehr und Gebäude in einem europäischen
451 Emissionshandelssystem begrenzt. Zusätzliche sektorbezogene Regelungen sind
452 nicht notwendig; sie verteuern lediglich die Dekarbonisierung. Alle
453 sektorbezogenen Ziele sollten abgeschafft werden.

454 Zudem sollte Deutschland auf europäischer Ebene insbesondere die Abschaffung der
455 Regulierungen zur Energieeffizienz, Gebäudeenergieeffizienz und der
456 Flottengrenzwerte durch-setzen. Ebenso ist ein gesetzlich festgelegter Zeitpunkt
457 für den Kohleausstieg nicht notwendig. Zusätzliche Subventionen auf nationaler
458 Ebene sind ebenfalls nicht notwendig und führen innerhalb der
459 Emissionshandelssysteme lediglich zu einer Umverteilung von Wohlstand zwischen
460 EU-Mitgliedstaaten. Deshalb sollten klimapolitisch motivierte Dauersubventionen
461 abgeschafft und der Klima- und Transformationsfonds (KTF) aufgelöst werden.
462 Zudem sollte hierzu sowie zur Stärkung des Binnenmarktes auf EU-Ebene die
463 transformationsbezogenen Abschnitte des Temporary Crises and Transition
464 Frameworks (TCTF) nach dem Jahr 2025 aus-laufen.

465 Konkret können bei Angleichung der nationalen und europäischen Ziele die
466 Bundesförderung effiziente Gebäude (BEG) und die Bundesförderung effiziente
467 Wärmenetze (BEW) reduziert oder zeitlich gestreckt werden. Im
468 Gebäudeenergiegesetz könnte der Zeitpunkt, ab dem Heizungen vollständig
469 klimaneutral sein müssen, um fünf Jahre verschoben werden, der Anteil
470 erneuerbarer Energien dabei von 65 Prozent bei neuen Heizungen zunächst
471 abgesenkt und erst später erhöht werden, stets im Einklang mit dem
472 Wärmeplanungsgesetz (WPG), bei dem die Zielwerte für den Anteil erneuerbarer
473 Energien oder unvermeidbarer Abwärme in Wärmenetzen ebenfalls reduziert oder die
474 Zielerreichungszeitpunkte nach hinten verschoben werden sollten. Das
475 Förderprogramm Klimaschutzverträge könnte ebenfalls weitgehend entfallen.

476 Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der EU-Industrieunternehmen zu
477 erhalten, sollte der Grenzausgleichsmechanismus mit der Befreiung der Exporte
478 von CO₂-Kosten ergänzt werden.

479 · Ausstieg aus der Subventionierung Erneuerbarer Energie und Anpassung
480 der Netzausbaupläne Die im Trend zunehmende Förderung der Erneuerbaren Energien

481 (EEG) hat mittlerweile untragbare finanzielle Dimensionen erreicht (Abbildung
482 6), obwohl diese Förderung in einem europäischen Emissionshandelssystem nicht zu
483 zusätzlichen Emissionseinsparungen führt. Daher sollten die staatlich
484 garantierten Ausbaupfade sowie Vergütungen in den nächsten Jahren auf Null
485 abgesenkt werden. Dies würde auch stärker als heute gewährleisten, dass die
486 Systemvoraussetzung für eine überwiegend erneuerbare Stromgewinnung,
487 beispielsweise der Netz- und Speicherausbau, mit dem Ausbau von PV- und
488 Windanlagen Schritt halten kann.

489 Der erhebliche Anstieg von Stunden mit negativen Großhandelspreisen auf dem
490 Strommarkt ist ein starkes Signal dafür, dass das nicht der Fall ist und es
491 daher keiner EEG-Förderung mehr bedarf: Anfang Mai gab es erstmalig in der
492 Geschichte des deutschen Strommarkts acht Tage hintereinander mit negativen
493 Strompreisen. Mit der Änderung des EEG sollten zu-gleich die Netzausbaupläne
494 angepasst werden. Die derzeit betrachteten Szenarien bilden ei-ne
495 technologieoffene Energieversorgung nicht ausreichend ab und führen zu
496 übermäßigen Netzausbaukosten. Es bedarf einer grundsätzlichen Überprüfung der
497 bereits im Bundesbedarfsplan gesetzlich festgeschriebenen Leitungen.

498 · Ermöglichung des Einsatzes der vollen Bandbreite an Technologien
499 Eine zentrale Technologie für eine Kosten einhegende Dekarbonisierung ist Carbon
500 Capture and Storage (CCS). Die Speicherung sollte an Land und die Anwendung
501 nicht nur für schwer vermeidbare Emissionen, sondern unbeschränkt zugelassen
502 werden. Zudem geht ein höheres Energieangebot mit sinkenden Preisen einher. Dazu
503 bedarf es insbesondere einer Diversifizierung der Gasversorgung, damit keine
504 einseitige Abhängigkeit von Gasimporten entsteht. Dafür sollte die heimische
505 Erdgasförderung ausgebaut werden, wozu sich aktuell das Gasfeld in Borkum und
506 Fracking-Verfahren anbieten. Grundsätzlich muss die Klima- und Energiepolitik
507 die ganze Bandbreite an Technologien zulassen, um die Kosten zu reduzieren.

508 Handlungsfeld 3: Mobilisierung des Arbeitsmarkts

509 Die Regelungen rund um den Arbeitsmarkt in Deutschland müssen die individuelle
510 Leistungsbereitschaft und Eigenverantwortung wieder ins Zentrum rücken, um das
511 Arbeitsvolumen und private Initiative zu steigern:

512 · Abbau monetärer Fehlanreize bei Arbeitsaufnahme und -ausweitung
513 Deutschland ist im relevanten internationalen Vergleich Schlusslicht bei der
514 effektiven jährlichen Arbeitszeit je Beschäftigten (Abbildung 7). Es braucht
515 dringend verbesserte Rahmenbedingungen und Anreize, um die Arbeitszeiten in
516 Deutschland signifikant auszuweiten.

517 Die Bürgergeld-Regelsätze sind im Jahr 2024 überproportional angestiegen. Sie
518 liegen im Jahr 2025 weiterhin über dem Bedarf und sollten daher durch die
519 Abschaffung der „Besitzstandsregelung“ abgesenkt werden, um Arbeitsanreize zu
520 stärken. Zudem gilt es, die bereits bestehenden Möglichkeiten zur Stärkung der
521 Eigenverantwortung konsequent anzuwenden und durchgehend verbindlich
522 auszugestalten. Das Zusammenspiel von Bürgergeld, Kosten der Unterkunft,
523 Wohngeld und Kinderzuschlag führt bei vielen Haushaltskonstellationen dazu,
524 dass sich die Aufnahme oder Ausweitung von Arbeit monetär nicht lohnt. Das

525 System sollte reformiert werden. Modelle dafür liegen vor, insb. solche bei
526 denen es zu keinen zusätzlichen Haushaltsbelastungen und keiner Ausweitung der
527 Anzahl der Transferempfänger kommt. Individuelle Schlechterstellungen gegenüber
528 dem Status Quo sind dabei unvermeidlich, aber im Sinne von Aktivierung und
529 Anreizorientierung auch zu begrüßen.

530 · Ausweitung der Arbeitszeiten zur besseren Nutzung des
531 Arbeitskräftepotenzials

532 Die gesetzlichen Vorgaben zur Arbeitszeit sollten flexibler und zeitgemäß
533 ausgestaltet werden, um das Potenzial des Arbeitsmarkts zu heben. Dadurch
534 können die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhöht und Teilzeitbeschäftigten
535 mehr Arbeitszeit ermöglicht werden. Dazu sollte etwa eine Umstellung von der
536 täglichen auf eine wöchentliche Höchstarbeitszeit erfolgen; zudem könnten
537 Öffnungsklauseln für Ruhezeitregelungen genutzt werden. Auch der Krankenstand
538 ist in Deutschland im internationalen Vergleich zu hoch. Es müssen hier
539 Regelungen gefunden werden, die einen besseren Ausgleich zwischen
540 Bürokratievermeidung und Anzeizeffekten finden. Als „quick win“ sollten die
541 während der Corona-Pandemie geltenden Sonderregelungen zur telefonischen
542 Krankschreibung ersetzt werden.

543 · „Tarif auf Rädern“ zur dauerhaften Vermeidung der Kalten Progression

544 Die Beitragsbemessungsgrenzen für die Sozialversicherungen werden jedes Jahr
545 automatisch erhöht. Der Abbau der kalten Progression muss hingegen jedes Jahr
546 durch ein eigenes Gesetzgebungsverfahren festgelegt und ausgehandelt werden. Für
547 die Jahre 2025 und 2026 ist die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger im
548 Haushaltsentwurf und Finanzplan enthalten, sowie in der Wachstumsinitiative
549 vereinbart. Durch den Abbau der kalten Progression werden die Steuerzahlerinnen
550 und Steuerzahler zusammen mit den anderen vereinbarten steuerlichen Maßnahmen in
551 den kommenden beiden Jahren um insgesamt rund 23 Milliarden Euro entlastet. Für
552 die Zeit nach 2026 braucht es auch für die Kalte Progression einen gesetzlich
553 verankerten und damit verlässlichen Automatismus („Tarif auf Rädern“), der - wie
554 bei den Beitragsbemessungsgrenzen - jährlich die Verschiebung der Tarifeckwerte
555 auf Basis gesetzlich vorgegebener Kennzahlen vorsieht. Ein glaubwürdiger
556 Mechanismus zur Vermeidung von versteckten Steuererhöhungen schafft Vertrauen
557 und stärkt den privaten Konsum.

558 · Eindämmung des Anstiegs der Sozialversicherungsbeiträge zur
559 Sicherung der Generationengerechtigkeit

560 Das Umlagesystem in der Altersversorgung kommt unter Druck: Die
561 durchschnittlichen Arbeitsjahre steigen nicht in gleichem Ausmaß wie die
562 durchschnittliche Anzahl der gesunden Jahre (Abbildung 8). Dadurch werden die
563 jungen Generationen immer stärker belastet und der Arbeitskräftemangel
564 verstärkt. Daher sollte ein echter flexibler Renteneintritt ermöglicht werden.
565 Die Abschläge bei einem frühzeitigen Renteneintritt und Zuschläge bei späterem
566 Renteneintritt sollten dafür versicherungsmathematisch begründet angepasst
567 werden. Ein selbstbestimmter flexibler Renteneintritt passt besser zu den
568 vielfältigen Lebensentwürfen der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland. Außerdem
569 wird bei der Setzung des Mindestrentenniveaus die im Jahr 2007 beschlossene
570 Anhebung des Rentenzugangsalters von 65 auf 67 Jahre bis 2031 bisher nicht

571 nachvollzogen. Konsequenterweise sollte allerdings auch hier von einer
572 entsprechend längeren Lebensarbeitszeit ausgegangen werden.

573 Neben der Gesetzlichen Rentenversicherung kommen die staatlichen Systeme für
574 Gesundheit und Pflege durch den demografischen Wandel unter Druck. Ein
575 steigender Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung führt schon für sich
576 genommen zu einem erhöhten Kostendruck im Bereich Gesundheit und Pflege. Hinzu
577 treten ungünstige Kostenentwicklungen beispielsweise bei Arzneimitteln oder
578 steigende Personalkosten, vor allem infolge zu-nehmender Engpässe auf dem
579 Arbeitsmarkt bei vergleichsweise geringem Automatisierungspotenzial. Eine
580 Finanzierung dieser Kosten der Alterung durch steigende Beiträge der Jungen
581 würde Arbeits- und Beschäftigungsanreize weiter schwächen, zugleich sind diese
582 Bedarfe für den Bundeshaushalt nicht darstellbar. Daher bedarf es weitreichender
583 Reformen zur Hebung von Effizienzreserven.

584

585 III. Zukunftshaushalt 2025 als Bestandteil der Wirtschaftswende

586 Ein schuldenfinanzierter Aufwuchs der Staatsausgaben ist weder mit einer soliden
587 Finanz- und Haushaltspolitik noch mit den beiden Regelwerken – national die
588 Schuldenbremse und europäisch der Stabilitäts- und Wachstumspakt – kompatibel.
589 Gleichzeitig werden konjunkturell bedingte Schwankungen in beiden Regelwerken
590 (z.B. bei der nationalen Schuldenregel durch die Konjunkturkomponente der
591 zulässigen Nettokreditaufnahme) berücksichtigt und zeigen deren Flexibilität,
592 insbesondere um automatische Stabilisatoren wirken zu lassen.

593 Eine kluge Finanzpolitik zeigt sich darin, dass Ausgaben priorisiert werden, die
594 zu den Kernkompetenzen des Staates gehören und die Zukunftsfähigkeit, die
595 Resilienz und das Wachstumspotenzial der Volkswirtschaft steigern. Der im August
596 2024 beschlossene Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2025 und der Finanzplan
597 bis 2028 unternehmen nach der expansiven Finanzpolitik der außer-gewöhnlichen
598 Krisenjahre erste Schritte zur quantitativen Normalisierung und qualitativen
599 Verbesserung des Bundeshaushalts (vgl. Abbildungen 1 und 2).

600 Die neueste Projektion der Bundesregierung zur gesamtwirtschaftlichen
601 Entwicklung vom 14. Oktober 2024 und die darauf basierende Steuerschätzung vom
602 25. Oktober 2024 zeigen jedoch, dass diese Schritte nicht ausreichend sind:

603 · Gegenüber der dem Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2025
604 zugrundeliegenden Steuerschätzung vom Mai 2024 verringert sich die Einnahmehasis
605 des Bundes allein aus konjunkturellen Gründen um 5,1 Mrd. Euro. Dabei ist
606 bereits die entlastende Wirkung der Wachstumsinitiative von rd. 6 Mrd. Euro
607 berücksichtigt. Die dazu im Regierungsentwurf enthaltene Globale Mehreinnahme
608 ist daher aufzulösen. Damit verringert sich konjunkturell bedingt die
609 Einnahmehasis um rd. 11 Mrd. Euro. Hinzu kommen weitere einnahmeseitige
610 Belastungen, z.B. durch EU-Abführungen im Rahmen der Hochwasserhilfe oder
611 absehbare Mindereinnahmen bei Kfz- und Versicherungssteuer.

612 · Gleichzeitig erhöhen sich die Ausgaben für das Bürgergeld und die
613 Kosten der Unterkunft, sowie die Förderung der Erneuerbaren Energien noch
614 weiter.

615 · Bei bestimmten mit dem Kabinettsbeschluss vereinbarten Maßnahmen

616 verschiedener Ressorts zeigt sich mit Blick auf die fortgeschrittene Zeit, dass
617 diese ggf. nicht rechtzeitig umgesetzt werden können.

618 · Zudem gilt es mit Blick auf Verlässlichkeit und Stabilität im
619 Haushaltsvollzug, die Bodensatz-GMA und weitere Globalpositionen auf das
620 vertretbare Maß zu reduzieren.

621 Diese Herausforderung kann im weiteren Aufstellungsverfahren für den
622 Bundeshaushalt gelöst werden, wenn der bereits mit dem Regierungsentwurf
623 eingeschlagene Weg der qualitativen Konsolidierung konsequent fortgesetzt wird.
624 Eine entsprechende weitere Absenkung der Ausgaben würde zudem dazu beitragen,
625 die Vorgaben zur Einhaltung der europäischen Fiskalregeln zu erfüllen.

626 Folgende Maßnahmen sollten konsequent umgesetzt werden:

627 1. Weitere qualitative Verbesserung des Bundeshaushalts 2025

628 · Das erreichte hohe Investitionsniveau muss im Haushalt verteidigt
629 werden. Die qualitative Konsolidierung fordert eine Stärkung von Investitionen
630 gegenüber dem Konsum. Die Kostendynamik insbesondere bei Sozialausgaben darf
631 auch nicht zu Lasten von Zukunftsaufgaben wie Bildung und Forschung beantwortet
632 werden.

633

634 · Der Handlungsbedarf muss ohne Steuererhöhungen geschlossen werden.
635 Es darf im aktuellen wirtschaftlichen Umfeld keine zusätzlichen Belastungen
636 geben, die zu einem weiteren Absinken des mittelfristigen Wachstums führen.

637 · Vielmehr sollten Investitionen und Wachstum mit der vollständigen
638 Beseitigung der kalten Progression sowie dem Einstieg in die Abschaffung des
639 Solidaritätszuschlags und einer Körperschaftssteuersenkung als erste Schritte
640 zur Entlastung von Unternehmen in Verbindung mit einem angekündigten
641 glaubwürdigen Pfad für die stufenweise Absenkung dieser Belastungen gestärkt
642 werden.

643 · Der höhere Verschuldungsspielraum durch die Anpassung der
644 Konjunkturkomponente der Schuldenbremse muss ausschließlich zum Ausgleich der
645 Mindereinnahmen verwendet werden.

646 · Im Zuge der Haushaltsaufstellung von den Ressorts getroffene und im
647 Kabinettsbeschluss festgehaltene Zusagen müssen konsequent umgesetzt oder durch
648 Neupriorisierung im jeweiligen Einzelplan ausgeglichen werden. Dies betrifft
649 etwa die Erschließung von Effizienzpotenzialen bei Integrationskursen, um den
650 mit dem BMI abgestimmten Haushaltsansatz einzuhalten. Die vom BMI bereits
651 angestoßenen Veränderungen stellen dabei einen ersten Schritt dar, dem weitere
652 Schritte folgen müssen. Dies gilt insbesondere für eine stärkere Verzahnung mit
653 der Integration in den Arbeitsmarkt.

654 2. Reduktion ineffizienter Subventionen

655 · Ineffiziente Subventionen belasten den Haushalt in erheblichem
656 Umfang. Entlang den oben beschriebenen Leitlinien der nun notwendigen
657 wirtschaftspolitischen Neuausrichtung sollte die Subvention für Intel nicht nur
658 verschoben werden, sondern ganz entfallen. Die bisher gebundenen Mittel von
659 insgesamt 10 Mrd. Euro können aus dem KTF entnommen werden.

660 · Weitere ähnlich aufgesetzte Subventionsvorhaben sollten, wo möglich,
661 wieder abgesagt wer-den. Das bezieht sich insbesondere auf Subventionen von
662 Projekten, bei denen die Unternehmen selbst bereits die Einstellung der Projekte
663 öffentlich gemacht haben. Es bedeutet aber eine generelle Umorientierung weg von
664 Subventionen für einzelne Unternehmen hin zur Verbesserung der allgemeinen
665 Rahmenbedingungen.

666 · Bei Anpassung und Abschaffung der oben beschriebenen (unnötigen)
667 klimapolitischen Regulierungen können klimapolitisch motivierte
668 Dauersubventionen abgeschafft und der KTF aufgelöst werden. Das führt zu einer
669 insgesamt effizienteren Klimapolitik und es ergeben sich weitere Minderbedarfe.
670 Dazu sollten kurzfristig neue Förderrichtlinien in der Entstehung gestoppt und
671 die Titel für bestehende Programme reduziert werden. Zudem sollten für die
672 Internationale Klimafinanzierung weniger Mittel aus dem Haushalt zur Verfügung
673 gestellt werden.

674 · Durch die Reduktion ineffizienter Subventionen sollte die Förderung
675 von Spitzenforschung um 1 Mrd. Euro erhöht werden. Forschung zählt zu den
676 Kernbereichen der staatlichen Aufgaben und sollte in Deutschland in der
677 Priorisierung wieder weit nach oben geschoben werden.

678 3. Wende in der Asyl- und Arbeitsmarktpolitik

679 · Mit der Anerkennung gilt für subsidiär Schutzberechtigte nicht mehr
680 das AsylbLG, sondern sie erhalten Leistungen wie Inländer und damit bei Bedarf
681 Leistungen nach dem SGB II. Für diese Gruppe sollte ein gesonderter Rechtskreis
682 geschaffen werden, mit einem abgesenkten Leistungsniveau ähnlich dem AsylbLG bei
683 Beibehaltung des Arbeitsmarktzugangs.

684

685 · In der Migrationspolitik sollten die beschlossenen Maßnahmen zur
686 Eindämmung irregulärer Migration nur ein erster Schritt darstellen, es müssen
687 weitere folgen. Durch eine niedrigere Zahl der Asylerstanträge fallen die
688 Zahlungen an Länder und Kommunen zur Unterstützung („Pro-Kopf Pauschalen“) durch
689 den Bund niedriger aus.

690 · Die Bürgergeld-Regelsätze sind im Jahr 2024 überproportional
691 angestiegen. Sie liegen im Jahr 2025 weiter über dem Bedarf und sollten daher
692 durch die Abschaffung der „Besitzstandsregelung“ abgesenkt werden, um
693 Arbeitsanreize zu stärken. Zudem gilt es, die bereits bestehenden Möglichkeiten
694 zur Stärkung der Eigenverantwortung konsequent anzuwenden und durchgehend
695 verbindlich auszugestalten.

696 · Bedarfe für Unterkunft und Heizung werden in Höhe der tatsächlichen
697 Aufwendungen anerkannt, soweit diese angemessen sind. Die einzelfallbezogene
698 Abrechnung, insbesondere der Nebenkosten ist nicht nur aufwändig, sondern führt
699 zu Fehlanreizen. Um diesen entgegenzuwirken, sollte eine regionalspezifische
700 Pauschalierung eingeführt werden. Im Übrigen stärkt eine Abkehr von der
701 Spitzabrechnung die Akzeptanz des Systems durch die Bürgerinnen und Bürger,
702 insbesondere vor dem Hintergrund deutlich gestiegener Nebenkosten. Zudem sollte
703 der Finanzierungsanteil des Bundes an den Aufwendungen für die Kosten der
704 Unterkunft wieder abgesenkt werden. Anders als andere Maßnahmen des damaligen

705 Konjunkturprogramms wurde die Erhöhung des Finanzierungsanteils im Jahr 2020
706 unbefristet beschlossen. Allerdings sind es die Länder und Kommunen die vor Ort
707 die Regeln aufstellen, womit hier die Entscheidung über Umfang der Leistung und
708 die Finanzverantwortung signifikant auseinanderfallen. Außerdem sollten die
709 Obergrenzen für die angemessenen Wohnungsgrößen bundesweit vereinheitlicht
710 werden.

711 · Die Arbeitsmarktintegration junger Menschen erfolgt derzeit unter
712 geteilten Zuständigkeiten nach dem SGB II und SGB III. Diese Trennung führt zu
713 administrativen Doppelstrukturen, ineffizienten Prozessen und inkonsistenter
714 Unterstützung der Zielgruppe und sollte kurzfristig abgeschafft werden.
715 Perspektivisch sollte Integration – nicht nur für junge Menschen – aus einer
716 Hand erfolgen.

717 · Sämtliche Maßnahmen sind auf ihre Ziel- und Wirkungsorientierung zu
718 überprüfen und ggf. anzupassen. Dies gilt insbesondere für eine
719 wirkungsorientierte Sozialpolitik. Gleichzeitig ist durch Reformen in den
720 Sozialversicherungen, insbesondere in der Kranken-, Renten- und
721 Pflegeversicherung sicherzustellen, dass keine weiteren Belastungen des
722 Bundeshaushalts eintreten und, wie oben bereits dargestellt,
723 Beitragssatzerhöhungen begrenzt werden. Dazu sollten insbesondere die Abschläge
724 bei frühzeitigem Renteneintritt angepasst werden.

725 Die Umsetzung der in diesem Papier beschriebenen Maßnahmen führt aufbauend auf
726 dem RegE zum Bundeshaushalt 2025 zu einem Haushalt, der solide und
727 verfassungsfest aufgestellt ist, der weiterhin die Regelgrenze der
728 Schuldenbremse einhält, der mit den europäischen Regeln vereinbar ist und der
729 die wirtschaftspolitisch notwendige Neuausrichtung vollzieht.